



Beförderungen: „Kein Wunschkonzert!“

DPoIG Hamburg ist entsetzt über Aussagen der SPD – innere Sicherheit ohne Priorität

Der Fraktionschef der SPD, Dr. Andreas Dressel, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Münster, der ehemalige Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und jetzige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, Uwe Koßel, und die SPD-Fraktion haben sich am 15. Mai 2013 in einem Antrag (Drucksache: 20/7971) an die Hamburgische Bürgerschaft zur Beförderungssituation bei der Hamburger Polizei geäußert und den Senat ersucht, Beförderungen nach der Maßgabe frei werdender Stellen im Grundsatz (!) zu ermöglichen. Die Erläuterungen zum Antrag beginnen mit den üblichen Allgemeinplätzen, kostenneutralen Wertschätzungsformeln („... leisten unter hohem persönlichen Einsatz einen unschätzbaren Dienst für die Sicherheit dieser Stadt“) und Lobpreisun-

gen politischer Erfolge des eigenen Senats, die Selbstverständlichkeiten sein sollten („... zudem überträgt Hamburg im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern das Ergebnis des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst ungekürzt auf alle Hamburger Beamtinnen und Beamten.“). Nach dieser politischen „Wir-sind-toll!“-Ouvertüre wird dann die aktuelle Beförderungssituation ausführlich bewertet und begründet, was alles nicht (mehr) geht und warum. Hinsichtlich des gescheiterten Laufbahnverlaufmodells (LVM) wird dabei der Eindruck erweckt, mit diesem Beförderungssystem nichts, aber auch gar nichts zu tun zu haben („... von der CDU eingeführte Modell hat sich daher als haltlos erwiesen ...“). Diese Aussage ist falsch! Das Laufbahnverlaufmodell ist von der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig (!) beschlossen worden. Des Weiteren war das LVM keine CDU-Erfindung, sondern die Fortentwicklung des über Jahrzehnte bewährten Laufbahnverlaufmodells für den mittleren Polizeivollzugsdienst der Schutz- und Wasserschutzpolizei. Dieses Beförderungsmodell ist vom damaligen Innenminister Werner Hackmann (SPD) eingeführt worden. Das Verschweigen dieser Tatsache durch die heutige SPD ist ein bemerkenswerter Vorgang. Im „Pippi-Langstrumpf“-Stil („Ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt.“) geht es dann noch ein bisschen weiter.

Dann wird es aber richtig „interessant“ und die eigentliche, für Hamburgs Polizistinnen und Polizisten niederschmetternde, Botschaft „verkündet“:

„Im Hinblick auf das prioritäre Ziel eines bis zum Jahr 2020 ausgeglichenen Haushalts sind darüber hinaus die Mittel für kostenintensive Personalentscheidungen sehr begrenzt. Vor diesem Hintergrund verbieten sich bloße Wunschkonzerte.“

Diese Aussage bedeutet, dass die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten das Sparvorhaben des Senats parlamentarisch „absegnen“ und es auf Jahre hinaus keine zusätzlichen Beförderungen bei der Polizei geben wird! Das von Innensenator Michael Neumann und Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch (beide SPD) initiierte Projekt „Zukunftsfähiges Beförderungssystem für die Polizei“ ist damit endgültig zur Makulatur verkommen. Das Ersuchen der Abgeordneten an den Senat, Beförderungen frei werdender Stellen im Grundsatz zu ermöglichen, heißt im Klartext: Wenn Beförderungen bei der Polizei möglich sind, soll befördert werden, wenn nicht, dann eben nicht. Die Hamburger Polizei wird von einer demotivierenden Frustrationsschwelle überrollt werden und eine Beförderungssituation erleben, die alle Kolleginnen und Kollegen längst als überwunden glaubten. Die **DPoIG Hamburg** hat bereits seit Monaten vor der jetzt eingetrete-

nen Situation gewarnt. Als der Entwurf zum Doppelhaushalt 2013/14 öffentlich wurde und die ersatzlose Streichung der LVM-Gelder bekannt war, wusste jeder, der es wissen wollte, welche Auswirkungen für Beförderungen die Folge sein werden.

Ernennungen können nur noch nach der Maßgabe freier Stellen durch Ruhestand oder Kündigung erfolgen! Diese Tatsache wurde jetzt durch den Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion parlamentarisch „gewogen“, für „gut befunden“ und „bestätigt“. Zur bitteren Erkenntnis gehört auch, dass der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Uwe Koßel als ehemaliger Polizeibeamter und Landesvorsitzender der GdP Hamburg eine Politik mitträgt und aktiv unterstützt, die sich gegen die berechtigten sozialen Interessen Hamburger Polizistinnen und Polizisten richtet und die Polizei um Jahrzehnte zurückwirft.

Die DPoIG Hamburg fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, gegen diese unsoziale Sparpolitik zu protestieren! Sagt den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten eure Meinung und schreibt an folgende E-Mail Adressen: info@spd-fraktion.hamburg.de; uwe.kossel@spd-fraktion-hamburg.de; arno.muenster@spd-fraktion-hamburg.de

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos:
Frank Riebow, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





Klausurtagung des Landesvorstandes

DPoIG-Landesspitze berät aktuelle Situation der Hamburger Polizei

Mitte April kam der Landesvorstand der DPoIG Hamburg, Landesvorsitzender Joachim Lenders, der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Jungfer, die stellvertretenden Landesvorsitzenden

Mehrwert der neuen Organisationsstruktur ist bisher nicht wirklich erkennbar. Sollte die geplante Dezentralisierung des Erkennungsdienstes tatsächlich Realität werden, ist diese Entscheidung für die DPoIG

skizze vorgestellt. Die dargestellten Modelle beinhalten eine massive Stellenreduzierung in den Besoldungsgruppen A 11 bis einschließlich A 13. Faktisch würde die Umsetzung der vom Projekt skiz-

Weise die besonderen Belastungen und Herausforderungen des Polizeiberufes berücksichtigt, kann niemals die Zustimmung der DPoIG finden. Ganz im Gegenteil, diese Plan- sätze sind nicht diskutabel und haben mit einer verlässlichen Karriereperspektive nichts zu tun.



Der Landesvorstand der DPoIG Hamburg diskutierte aktuelle gewerkschaftspolitische und polizeiliche Themen.

Wiederbesetzungssperre

Seit Anfang dieses Jahres werden durch Ruhestand freigewordene Stellen nicht nachbesetzt beziehungsweise ausgeschrieben. Diese Tatsache wird durch die Behördenleitung mit dem Argument gerechtfertigt, dass erst die Finanzierung des Tarifabschlusses (die inhaltsgleiche Übernahme für die Beamtinnen und Beamten hat der Erste Bürgermeister, Olaf Scholz, zugesichert) geklärt werden müsse, bevor es wieder zu Beförderungen kommen kann. Das Wort Wiederbesetzungssperre wird übrigens von der Behördenleitung vermieden, faktisch ist es natürlich eine. Nach Auffassung der DPoIG Hamburg werden hier zwei Sachverhalte vermengt, die nichts miteinander zu tun haben. Der Tarifabschluss ist ein zwischen den Tarifparteien ausgehandelter Kompromiss, dem auch Hamburg zugestimmt hat. Die Nichtbesetzung freigewordener Stellen ist nicht zu rechtfertigen, denn hier geht es um Stellen, deren Finanzierung durch den Haushalt gesichert ist. Die Behördenleitung spielt hier lediglich auf Zeit und spart auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen.

Der Landesvorstand

Klemens Burzlaff, Freddi Lohse und Klaus Vöge sowie der Vorsitzende des Fachbereiches Schutzpolizei, Marc-Florian Sinn, und Landesredakteur Frank Riebow zu einer Klausurtagung im Ostseebad Kühlungsborn zusammen.

Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeitstagung standen unter anderem die Neuorganisation der Hamburger Polizei (ProMod 2012), das Projekt „Zukunftsfähiges Beförderungssystem für die Polizei“ und organisationsinterne Arbeitsabläufe.

ProMod 2012

Der seit eineinhalb Jahren andauernde ProMod-Prozess wird von der DPoIG Hamburg nach wie vor kritisch bewertet und begleitet. Die praktische Umsetzung der bereits getroffenen Entscheidungen zur Neuorganisation erwies sich oftmals als „holprig“ und ein tatsächlicher polizeilicher

Hamburg die Kapitulation polizeilicher Fachlichkeit vor politisch gewollten Sparmaßnahmen. Das von der Behörden- und Amtsleitung formulierte Ziel, die Polizei zukunftsicher, bürgernah und effizient aufzustellen und die örtliche Ebene zu stärken, ist nach Auffassung der DPoIG bisher nicht eingetreten. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier deutlich auseinander. Positiv bewertet die DPoIG die Schaffung einer Akademie der Polizei, die dezentralisierte Anbindung der Zivilfahnder an den Polizeikommissariaten und die beabsichtigte Einrichtung einer Dienstgruppe operativer Aufgaben (DGOA) an allen Polizeikommissariaten.

Projekt Zukunftsfähiges Beförderungssystem (PBS)

Am 18. Dezember vergangenen Jahres hat das Projekt Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch eine erste Konzept-

zierten Modelle bedeuten, dass für die überwiegende Mehrheit aller Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes, das Statusamt Polizeioberkommissarin beziehungsweise Polizeioberkommissar (A 10) zugleich das Endamt (!) sein würde. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Kolleginnen und Kollegen als Aufsteiger, Seiteneinsteiger oder als prüfungsfrei übergeleitete Polizeibeamte in den gehobenen Polizeivollzugsdienst gekommen sind. Diese Denkmodelle sind aus Sicht der DPoIG Hamburg völlig inakzeptabel (siehe auch: Offener Brief der Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg an Innensenator Michael Neumann, „Polizeispiegel“ Mai 2013, Landesteil Hamburg Seiten 1 und 2, Anm. der Redaktion). Ein Beförderungssystem, das die Polizei um Jahrzehnte zurückwirft, sozialen Sprengstoff birgt, demotivierend wirkt und in keiner



29. dbb Landesgewerkschaftstag Hamburg 2013

„Personal 2020: ... wir sind dann mal weg ...“

Thomas Jungfer und Michael Adomat zu stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden gewählt



> Die **DPoIG Hamburg** stellte mit 36 Delegierten die stärkste Delegation des dbb Landesgewerkschaftstages.

Am 16. und 17. Mai kamen Delegierte aus allen Hamburger dbb Fachgewerkschaften zum 29. dbb Landesgewerkschaftstag zusammen. Der diesjährige Landesgewerkschaftstag stand unter dem Motto „Personal 2020: ... wir sind dann mal weg ...“ und rückte damit den demografischen Wandel in den thematischen Fokus.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (**DPoIG**) stellte – als mitgliederstärkste Fachgewerkschaft des dbb Hamburg – mit 36 Kolleginnen und Kollegen auch die größte Anzahl von Delegierten. Im Mit-

telpunkt des ersten Tages standen naturgemäß die Wahlen zum Landesvorstand des dbb: Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**, und Michael Adomat, stellvertretender Vorsitzender des Fachbereiches Verwaltung der **DPoIG Hamburg** und Vorsitzender der dbb Landestarifkommission, wurden mit herausragenden Wahlergebnissen zu stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb Hamburg gewählt.

Die **DPoIG Hamburg** freut sich mit unseren Kollegen über dieses tolle Ergebnis und wünscht



Thomas Jungfer und Michael Adomat viel Erfolg und Glück bei der neuen Aufgabe! Rudi Klüver (komba gewerkschaft) erhielt erneut das Vertrauen der Delegierten und wurde zum Landesvorsitzenden des dbb Hamburg wiedergewählt. Am zweiten Tag hatten die Delegierten über zahlreiche Anträge abzustimmen, die unter anderem die gewerkschaftspolitische Arbeit des Landesvorstandes für die kommenden fünf Jahre prägen. Zu den Anträgen der **DPoIG Hamburg** zählte unter anderem die Anforderung an den Landesvorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Freie Heilfürsorge für

die Polizei und Feuerwehr wieder eingeführt wird, dass altersunabhängig alle Beamtinnen und Beamten einen Erholungsurlaub von 30 Tagen erhalten und die Hamburgische Erschwerniszulagenverordnung (HmbEZuVO) deutlich höhere Zulagen als die aktuelle Bundesverordnung ausweist, um die besonderen Gefahren und Belastungen des Polizeiberufes auch finanziell zu würdigen. Die Delegierten unterstützten alle von der **DPoIG** eingebrachten Anträge. Sie sind jetzt die Arbeitsgrundlage des dbb Hamburg für die weitere Zukunft.

Der Landesvorstand



> Landesvorsitzender Joachim Lenders (Bildmitte) mit den frisch gewählten stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Thomas Jungfer (links) und Michael Adomat (rechts).



> Joachim Lenders (links) gratuliert dbb Landeschef Rudi Klüver zur Wiederwahl.



> Mal gucken, was es diesmal gibt.

Hamburg im „Event-Fieber“ und mittendrin die Polizei

Von Marc-Florian Sinn, Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei

Demonstrationen, Fußballspiele der 1. und 2. Bundesliga, der Evangelische Kirchentag, der 1. Mai und der Hafengeburtstag XL. Hamburg machte vom 27. April bis zum 12. Mai seinem Namen als Eventstadt alle Ehre – leider zum Leidwesen der Kolleginnen und Kollegen. Zur Bewältigung dieser Vielzahl von Anlässen waren der Aufruf der Alarmabteilung sowie die Anforderung einer auswärtigen Hundertschaft aus Niedersachsen die Folge.

Den Start machte am 27. April eine unter dem Motto „Für die soziale Revolte“ stehende Demo der linken Szene mit 900 Teilnehmern. Über 1.200 Kolleginnen und Kollegen verhinderten bis auf wenige Böllerwürfe Schlimmeres. Am 28. April fand dann im Anschluss an das Zweitligaspiel FC

St. Pauli gegen Hertha BSC Berlin eine Demonstration für den Erhalt der sogenannten Esso-Häuser auf St. Pauli statt. 1.500 Teilnehmer zogen unter der Begleitung von mehreren Hundertschaften ohne nennenswerte Störungen durch das Viertel.



> Das DPoIG-Betreuungsteam zum 1. Mai: Marc-Florian Sinn, Klemens Burzlaff, Liv Grolik und Thomas Jungfer (v. l.). Nicht auf dem Bild, aber dabei waren des Weiteren Klaus Vöge, Wolfgang Laudon und Frank Riebow.

In der Walpurgisnacht versuchten gewaltbereite Jugendliche vor der Roten Flora, die Ausschreitungen der Vorjahre zu wiederholen. Die eingesetzten

Kolleginnen und Kollegen sowie Anwohner und Besucher des Schanzenviertels machten dem Spuk aber schnell ein Ende.



> Polizeispiegel | Juni 2013

Der 1. Mai begann wie in den letzten Jahren mit den bekannten, zunächst störungsfreien Aufzügen. Einige autonome Teilnehmer des „Euromayday“ gelangten jedoch auf das Gelände der Internationalen Gar-

> Der Aufzug musste immer wieder aufgestoppt werden.



> Ein besonderer Dank gilt wiederum unserem ...

tenschau (IGS) in Wilhelmsburg, beschädigten Zäune, rissen Blumen heraus und sprühten Graffiti. Der fünfte große Aufzug des Tages setzte sich am Abend mit 1.400 Teilnehmern unter dem Tenor „Das Proletariat hat kein Vaterland“ unter der Begleitung von 1.600 Polizisten von der Straße Neuer Kamp in Richtung Altona in Bewegung. Während des Aufzuges wurden Kolleginnen und Kollegen wiederholt mit Pyrotechnik, Flaschen und Steinen beworfen. Wasserwerfer mussten eingesetzt werden. Im Anschluss an die Demo wurden von ehemaligen Teilnehmern einige Fahrzeuge beschädigt und Kleinf Feuer gelegt. Insgesamt wurden sechs Polizisten verletzt, 16 Personen wurden fest-

beziehungsweise Inge- wahrensam genommen.

Der Kirchentag verlief zwar ohne Zwischenfälle, jedoch waren hunderte Kolleginnen und Kollegen zum Schutz der Veranstaltung und der prominenten Besucher im Dienst. Den Abschluss der Woche bildete einmal mehr ein Fußball- einsatz. Am Sonntag hatte der HSV den VfL Wolfsburg zu Gast.

Auch der Hafengeburtstag verursachte viel Arbeit. Wegen des Feiertages wurde dieser kurzerhand um einen Tag verlängert und dadurch zum Hafengeburtstag XL. Sämtliche geschlossenen Einheiten, Zusatzkräfte der PK, der WSP und der VD sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Das letzte Saisonspiel des FC St. Pauli gegen die Eintracht aus Braun-



> ... Kooperationspartner Red Bull Deutschland.

schweig bildete den Abschluss von zwei arbeitsintensiven Wochen.

Das Betreuungsteam der **DPoIG** war bei einem Großteil der Einsätze vor Ort und versorgte, auch Dank unseres

Kooperationspartners Red Bull Deutschland, die Einsatzkräfte mit Getränken und kleinen Snacks. Den verletzten Kolleginnen und Kollegen wünscht die **DPoIG** gute Besserung und eine schnelle Genesung. ■



> Auch die Reiterstaffel war im Demo-Einsatz gefordert.



> 1. Mai – für unsere Kolleginnen und Kollegen immer ein Tag der Arbeit.



DPoIG: Familie in Notlage unterstützt

In der Silvesternacht 2012/2013 verlor die Familie Bormann durch Fremdverschulden ihr Zuhause und musste mit ansehen, wie ihre Wohnung durch ein Feuer und Löschwasser zerstört und unbewohnbar wurde. Besonders für die Kinder unserer Kollegen – zweijährige Zwillinge – war dieses Erlebnis hoch belastend und traumatisch. In den folgenden Tagen mussten viele Dinge organisiert werden. Eine vierköpfige Familie brauchte ein neues Heim. Übergangsweise konnte Familie Bormann bei Verwandten wohnen, doch dies war auf Dauer natürlich keine Lösung. Der Vermieter konnte der Familie im Anschluss ein Ausweichquartier zur Verfügung stellen. Außerdem waren die Schadensregulierung und der kurzfristige Umzug sowie die Abwicklung der zerstörten Wohnung sehr zeitaufwendig und zehrten an den Nerven.

Hinzu kamen Fragen der Kinderbetreuung und schließlich musste auch noch gearbeitet werden. Als der Landesvorstand der **DPoIG Hamburg** vom Schicksal der Eheleute Jasmin und Frank Bormann erfuhr, stand sehr schnell fest, dass hier Unterstützung erforderlich war, schließlich sind beide langjährige Mitglieder unserer Gewerkschaft. Die Idee, der Familie ein Angebot für einen kostenlosen Urlaub in einer der Ferienwohnungen der Stiftung der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** zu unterbreiten, wurde sofort befürwortet. Ein Stiftungszweck ist es, im Dienst oder privat körperlich, geistig oder seelisch zu Schaden gekommenen Bediensteten der Polizei Unterstützung zukommen zu lassen. Nach einem Telefonat mit den Verantwortlichen der Stiftung wurde der Kontakt



> Unsere Kollegen, Jasmin und Frank Bormann, mit ihren Zwillingen im bayerischen Fall vor einem Haus der **DPoIG**-Stiftung.

zwischen der Familie und der Stiftung hergestellt. Alle weiteren Absprachen wurden direkt zwischen der **DPoIG**-Stiftung und Familie Bormann getroffen. So konnte die gesamte Familie im vergangenen März einen entspannten einwöchigen Urlaub in einem Ferienbungalow im bayerischen Fall verbringen und nach der belastenden Zeit zu Jahresbeginn neue Kraft für die Zukunft sammeln.

Ein besonderer Dank der **DPoIG Hamburg** gilt den Dienststellenleitern Polizeidirektor Peter Baustian und Polizeioberrat Karsten Wegge, die dem Ehepaar Bormann kurzfristig und unbürokratisch Urlaub ermöglichten, sowie den Kolleginnen und Kollegen der Polizeikommissariate 24 und 25 für ihre Kollegialität und das Verständnis.

Der Landesvorstand

Berufsverband Feuerwehr schlägt Alarm

Der Berufsverband Feuerwehr hat sich in einem offenen Brief an den Ersten Bürgermeister, Olaf Scholz, gewandt und die völlig unzureichende Personal- und Sachausstattung der Hamburger Feuerwehr kritisiert. Der Senat wurde eindringlich

zum sofortigen, durchgreifenden Handeln aufgefordert, um die Situation für die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr zu verbessern. Der Bundesvorsitzende des Berufsverbandes Feuerwehr e.V., Olaf Reichelt, und der Hambur-

ger Landesvorsitzende, Daniel Dahlke, bemängeln die seit Jahren andauernde Unterfinanzierung der Feuerwehr. „Statt die Feuerwehr Hamburg vernünftig auszustatten, kann seit Januar 2013 eine Feuerwache (Außenstelle) personell nicht mehr besetzt werden, und viele Fahrzeuge der Feuerwehr sind nicht mehr verlässlich besetzt, sondern nur noch in Doppelfunktion, also wenn gerade kein anderer Einsatz stattfindet. Ab dem 1. Juni 2013 gehen dann weitere Funktionen außer Dienst mit erheblicher Außenwirkung. (...) Die Politik muss Farbe bekennen, wie viel ihr die Sicherheit

der Hamburger und Hamburgerinnen wert ist. Für den Berufsverband Feuerwehr e.V. ist es jedenfalls unerträglich, mit der Gewissheit von gravierenden Sicherheitslücken in dieser Stadt leben zu müssen. In der Konsequenz werden die Feuerwehrleute versuchen, längere Anfahrten durch erhöhtes Tempo zu kompensieren. Dies verbunden mit den ohnehin bestehenden Risiken und Gefahren von Einsatzfahrten“, heißt es weiter im Anschreiben. Insgesamt beläuft sich der Personalmehrbedarf bei der Hamburger Feuerwehr zurzeit auf mehr als 200 Stellen – Finanzierung unklar! ■





DPoIG unterstützt Hamburger Polizeihandballerinnen

Von Ronald Helmer, Mitglied im Landeshauptvorstand

Hamburgs Polizeihandballerinnen qualifizierten sich im Februar dieses Jahres in einem Ausscheidungsturnier in Bruchsal für die Deutschen Polizeimeisterschaften in Bruchsal (Baden-Württemberg) im Mai 2013. Gegen die Mannschaften von Bremen und Brandenburg konnten sich die Hamburgerinnen dank einer geschlossenen Mannschaftsleistung durchsetzen.

Insbesondere das Spiel gegen Bremen war hart umkämpft und der Ausgang des Spiels lange Zeit ungewiss, so stand es zur Halbzeit 6:8 gegen die Hamburgerinnen. Getreu nach dem Motto der **DPoIG**: „Wer

kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren“!, besann sich das Team – durch die Trainer gut vorbereitet und die zahlreichen Zuschauer lautstark unterstützt – auf seine Stärken und konnte eine gute Bremer Mannschaft schließlich doch mit 20:17 bezwingen. Das anschließende Spiel gegen Brandenburg konnten die Hamburgerinnen deutlicher mit 23:17 für sich entscheiden und waren damit für die Deutsche Meisterschaft qualifiziert. Nachdem die Qualifikation gesichert war, fragten die Spielerinnen bei der **DPoIG** an, ob eine weitere Unterstützung

durch die **DPoIG** möglich sei, hatte die **DPoIG** doch bereits das Ausscheidungsturnier in Hamburg mit unterstützt.

Diesem Wunsch kommt die **DPoIG** gerne nach und sponsert einen neuen Satz Trikots, mit dem die Hamburgerinnen in Bruchsal ihren erfolgreichen

Weg fortsetzen wollen. In Bruchsal spielen „unsere“ Frauen zunächst in der Vorrunde gegen den Titelverteidiger Baden-Württemberg und gegen Berlin. Am 2. Mai wurde dem Team der Trikotsatz offiziell übergeben. Die Trikots werden nach dem hoffentlich erfolgreichen Turnier der Sportdienststelle (ZP 23) für weitere Polizeimannschaften zur Verfügung gestellt.

Die **DPoIG** wünscht einen erfolgreichen Turnierverlauf und drückt ganz fest die Daumen. ■



22. Deutscher Polizei Eishockey Cup

Von unserem Sportkorrespondenten Sandor Gilbers

Zum diesjährigen 22. Deutschen Polizei Eishockey Cup führte uns der Weg in die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort wird nicht nur gutes Altbier gebraut und Löwensenf hergestellt, Karneval gefeiert, mit den Toten Hosen gesungen und mit der Fortuna seit 1895 Fußball gekickt. Nein, seit 1935 wird in Düsseldorf traditionell

auch Eishockey gespielt. Im Stadion an der Brehmstraße wurden acht deutsche Meisterschaften erspielt und gefeiert. Auf diesen Spuren durften wir nun in diesem Jahr wieder in der B-Gruppe unsere Spiele bestreiten. Mit drei Reihen waren wir an den Rhein gereist, um uns mit den Gegnern fair zu messen, was spielerisch und auch von den Ergebnissen or-

dentlich gelang. Am ersten Spieltag erkämpften wir uns gegen Freiburg (2:1), Deggen-dorf (2:3) und Berlin (3:2) zwei Siege und eine Niederlage nach Penaltyschießen und somit sieben Punkte. Damit standen wir in unserer Gruppe als Tabellenführer fest. Am Folgetag gab es gegen Fürstenfeldbruck (5:0) einen ungefährdeten Sieg und gegen Düsseldorf (2:3) eine unnötige Niederlage nach Penaltyschießen.

Somit blieb uns hinter Düsseldorf zunächst nur der zweite Platz. Das Rahmenprogramm wurde von den Gastgebern mit der traditionellen Players-Night und mit einem Bummel

durch die Düsseldorfer Altstadt gestaltet. Das Gruppenplatzierungsspiel ging am Sonntag gegen Ravensburg dann leider verdient mit 0:5 verloren. Wir wurden daher Gruppenvierter von zwölf Mannschaften. Es spielten: N. Güldenzoph, H.-P. Deimann, M. Trnka, A. Letz, O. Henschke, M. Fick, B. Haß, C. Velten, T. Bartels, O. Großmann, T. Fründt, N. Kasulke, J. Vado-nis, J. Wendler, D. Walter, J. Wahmke. Ein Dank gilt den fleißigen internen und externen Betreuern an der Bande und der **DPoIG Hamburg** für ihre Unterstützung. Im Jahr 2014 sind wir, die IceUdls, dann Ausrichter des 23. DPEC, der aus organisatorischen Gründen dann (leider) in Füssen und nicht in Hamburg stattfinden wird. ■





Kindererziehung – ja, aber ...!

Heutzutage wird es durch Kita-Angebote und Erziehungsgeld den Eltern einigermaßen leicht gemacht, sich in ihrem Beruf zu behaupten und trotzdem die Erziehung der Kinder nicht zu vernachlässigen. Vor gut 25 Jahren war dies noch nicht so einfach und man musste sich entscheiden, wie man das alles unter einen Hut bekam. Aus diesem Grunde blieb meine Frau auch nach den Geburten noch eine geraume Zeit im Hause und kümmerte sich um unsere beiden Kinder.

Dabei musste sie natürlich auch krankenversichert sein. Hier trat nun die Beihilfe der Stadt Hamburg (ich war Polizeibeamter) im Rahmen einer „Familienversicherung“ für sie und die Kinder ein und wir mussten die restlichen 30 Pro-

zent privat versichern. Diese Kosten waren für eine junge Familie eines Polizeibeamten nicht unerheblich, sodass meine Frau auch nach vier Jahren wieder anfang zu arbeiten, wodurch die gesetzliche Krankenversicherung wieder für sie eintrat.

Bis heute hatten wir den oben genannten Umständen keine weitere Bedeutung beigemessen. Allerdings bekamen wir jetzt 20 Jahre später die Quittung für diese Kindererziehungszeiten.

Meine Frau beantragte aufgrund einer irreparablen Schultererkrankung nach über 40 Berufsjahren eine Erwerbsminderungsrente. Dies hatte zur Folge, dass die Krankenkasse AOK ihr vorrechnete, dass sie in der



zweiten Hälfte ihres Berufslebens nicht die benötigten neun Zehntel der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge gezahlt hätte. Es fehlten fünf Monate und ein paar Tage.

Nun dachten wir, dass meine Frau ja immer krankenversichert gewesen sei und es sich um ein Versehen gehandelt haben müsste. Falsch gedacht! Die vier Jahre der Kindererziehung fielen unter die Rubrik „privat versichert“ und sind deshalb nicht anrechenbar. Dies bedeutet heute für uns, dass die AOK im Falle einer Rente nicht die gesetzliche Krankenversicherung für Rentner übernehmen wird. Wir dürften dann eine freiwillige Weiterversicherung bezahlen, die durch die Rentenkasse eventuell bezuschusst wird. Nachfragen bei den zuständi-

gen Stellen wie Beihilfestelle, Beamtenversorgungsstelle, Rentenversicherung, AOK und Privatversicherung ergaben keine (vernünftige) Lösung des Problems. Wenn also die **staatliche Beihilfe nicht als gesetzliche Krankenversicherung gilt**, hat man als Familienmitglied einer Beamtenfamilie keine Möglichkeit, die gesetzlichen Krankenversicherungszeiten lückenlos voll zu bekommen, da man während der Kindererziehungszeiten ja kaum arbeiten und somit keine Krankenkassenbeiträge leisten kann.

Bernd Czesla

Anmerkung der Redaktion: PHK i. R. Bernd Czesla wurde im April 2012 pensioniert und war bei seinem Ausscheiden Wachhabender am Polizeikommissariat 34.

> Ruhestand

Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 31. Mai 2013 in den Ruhestand gegangen:

Direktion Einsatz

EPHK	Bernd Dähling	DE 340
PHK	Martin Köhler	DE 14
PHK	Karl-Heinz König	DE 3301
POK	Ingolf Kutschmann	DE 12

Direktion Polizeikommissariate und Verkehr

PHK	Claus-Jürgen Cieslak	PK 23
PHK	Wolfgang Kayser	PK 33
PHK	Jürgen Rolf Sack	PK 46

Landeskriminalamt

KHK	Udo Goebel	PK 46
KHK	Thomas Koppel	ZD 64
KHK	Udo Oestreich	LKA 61
KHK	Holger Schönwetter	LKA 701

Verwaltung und Technik

Alin	Ruth Brüggmann	VT 21
------	----------------	-------

Wasserschutzpolizei

EPHK	Rolf Babener	WSPK 3
PHK	Günter Heier	WSP 21

Zentrales Personalmanagement

PHK	Harald Sadowsky	ZP 20
-----	-----------------	-------

> Verstorben

24.3.2013	Gregorius, Maria	Ail i. R.	83
25.3.2013	Krüger, Edgar	Ail i. R.	73
29.3.2013	Krause, Reinhard	PHM i. R.	69
29.3.2013	Kretschmer, Wolfgang	PHM i. R.	89
3.4.2013	Engelhardt, Robert	PHM i. R.	86
9.4.2013	von Appen, Günter	PHM i. R.	85
15.4.2013	Gebhardt, Hans-Helmut	PHM i. R.	57
16.4.2013	Laskowski, Norbert	KHK i. R.	72
26.4.2013	Schlöpke, Rudolf	PHK i. R.	74
27.4.2013	Schulze, Karl	PHM i. R.	98